

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Zeichn.-Nummern 88 - 89 - 98

Der Abonnementspreis beträgt durch Post oder durch die Post bezogen monatlich 150 Mark. Zeit- und Geschäftsanzeigen jeder Art werden nicht aufgenommen.



Verantwortlich für den Inhalt: Karl Schudy, Bochum. Druck: H. Hansmann & Co., Bochum. Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, Bochum i. Westf., Bielefelder Straße 38-42.

Telegraph.-Adresse: Mittelverband Bochum

Aufruf

an die Arbeiterschaft der Welt.

Mitten im Frieden ist die Bevölkerung des Rhein- und Ruhrgebiets von der französisch-belgischen Militärmacht überfallen worden. Die organisierte Arbeiterschaft ganz Deutschlands hat, getreu ihren Grundsätzen und Traditionen, den Kampf gegen diesen Imperialismus und Militarismus aufgenommen. Diesen Kampf führt sie nicht mit militärischen Waffen und Gewalt, sondern übt lediglich passiven Widerstand gegenüber gewalttätiger Unterdrückung und Anfechtung. — Der französisch-belgische Militarismus zeigt sich bei seiner Aktion im Ruhrgebiet, wie jeder Militarismus, in seiner wahren Gestalt. Mißhandlung, Ermordung und Vergewaltigung friedlicher Menschen sind seine Spuren. Einmal Beispiele, wie brutal die Bergarbeiter behandelt werden, wollen wir euch zur Kenntnis bringen:

1. Am 1. Februar ist der wehrlose Bergmann Saumann in Brechten bei Prambauer von einem französischen Soldaten erschossen worden.
2. Am 8. Februar wurden vier friedliche Bergleute in Recklinghausen auf dem Wege zur Arbeitsstätte von französischen Soldaten überfallen, mißhandelt und blutig geschlagen.
3. Der Bergmann Walters in Herne ist am 9. Februar morgens früh auf dem Wege zur Schicht von einem französischen Posten niederschlagen und schmerzlos wie ein Stück Vieh am Boden liegend grausam mißhandelt worden.
4. Ein brutaler Gewaltakt ereignete sich am 12. Februar auf der Zeche Prosper bei Bottrop. Friedliche Bergarbeiter wurden auf ihrem Arbeitsplatze von belgischen Soldaten überfallen und mißhandelt. Unter fortwährender Bedrohung mit scharfgeladenen Maschinen- und Handwaffen sollten sie zur Arbeit gezwun-

gen werden. Als sie das ablehnten, wurden sie mißhandelt und niedergeschlagen.

5. Auf Ewald-Fortsetzung in Erkenschwid wurden 14 Bergarbeiter gezwungen, ein beschlagnahmtes Auto der Zeche 4 Kilometer weit von Erkenschwid nach Dornenburg zu schieben. Die 14 Kameraden wurden dabei durch Kolbenschläge mißhandelt. Vier Betriebsratsmitglieder wurden verhaftet, die übrigen 10 wurden entlassen.

Diesen Schandtatzen werden von den Offizieren der Besatzungstruppen täglich neue hinzugefügt. In unermesslich grausamer Weise wird die friedliche und wehrlose Ruhrbevölkerung von den Offizieren mit der Keilspitze mißhandelt. Die Bewohner werden auf offener Straße schamlos durchgepeitscht. An einem Tage wurden allein in Essen 22 solcher Fälle amtlich gemeldet. Von den übrigen Bergmannstädten und Dörfern sind ähnliche Fälle zu verzeichnen.

Das sind so einige brutale Gewaltakte der Besatzung am Rhein und an der Ruhr. Große Erbitterung der Ruhrbevölkerung ist ihre Folge. Der Druck der Fremdherrschaft trifft ganz besonders die Arbeiter ihre Frauen und Kinder, die alten Invaliden, Witwen und Waisen schwer. Größtes Übel ist die Folge der Verletzung. Dies jedoch nicht allein. Die französische Militärfürsorge vernichtet die Zivilisation. Sie verhindert den Wiederaufbau Europas. Dadurch hemmt sie das wirtschaftliche Streben der Menschen nach Wohlstand und Kultur und desorganisiert das ganze wirtschaftliche Leben der Welt zum Schaden aller Völker.

Das Vorgehen der Besatzung wird die Arbeiterschaft Deutschlands in ihrem Widerstandswillen nicht schwächen, im Gegenteil, er wird dadurch gestärkt. Wir sind entschlossen, den Kampf gegen den Militarismus und Imperialismus bis zu Ende zu führen.

Au auch Arbeiter der Welt wenden wir uns, und in diesem Kampfe zu unterstützen; denn unser Sieg ist auch Euer Sieg!

Verband der Bergarbeiter Deutschlands. — Gewerksverein christl. Bergarbeiter Deutschlands. — Poln. Berufsvereingung, Abt. Bergarb. — Gewerksverein S.-D., Abt. Bergarb.

Aufruf

an die Ruhrbergarbeiterschaft!

Die Ereignisse der letzten Tage, vor allem die Mißhandlung und Verhaftung von Funktionären der Arbeitnehmerorganisationen, besonders der Bergarbeiterverbände, zeigen mit Deutlichkeit, daß die Besatzung versucht, die Arbeiterschaft zu provozieren. Ihre bisherige ruhige, aber entschlossene Abwehrpolitik wird den Eindringlingen unbehagen. Sie versuchen, durch einen allgemeinen Aufstand der Arbeiter und durch blutige Zusammenstöße mit ihnen ihr Ziel zu erreichen, was ihnen bis jetzt nicht möglich gewesen ist. An die Bergarbeiterschaft richten wir deshalb die dringende Mahnung, sich nicht provozieren zu lassen, sondern Ruhe und Besonnenheit wie bisher zu bewahren. Nur dadurch wird es gelingen, den Abwehrkampf gegen die Fremdherrschaft siegreich zu beenden.

Dem franz.-belgischen Imperialismus und Militarismus wäre nichts erwünschter als ein allgemeiner Aufstand der Ruhrbevölkerung. Die Kommunisten und Unionisten, die fortgesetzt nach dem Generalkrieg rufen, unterstützen bewußt oder unbewußt die Pläne Poincarés.

Kameraden! Tretet diesen Generalkriegspaganen entgegen! Wartet Ruhe und Besonnenheit! Folgt den Weisungen der gewerkschaftlichen Organisationen!

Verband der Bergarbeiter Deutschlands. Gewerksverein christlicher Bergarbeiter Deutschlands. Polnische Berufsvereingung, Abt. Bergarbeiter. Gewerksverein Kirch-Danker, Abt. Bergarbeiter.

Oberschlesisches Bergmannsterben.

Die Schuld der Unternehmer und der Bureaufüraten.

Die entsetzlichen Unfälle auf der Hohenzollerngrube und der Heintze Grube, von denen das erstere 46, das letzte bis jetzt 143 Opfer forderte, hatten wieder einmal gezeigt, wie unzulänglich heute noch die Leben- und Gesundheitsfürsorge der Bergarbeiter ist. Daß bei beiden Unglücksfällen große Schuld der Unternehmer oder der Behörden oder gemeinsame Schuld dieser beiden vorlag, stand für uns von vornherein außer Zweifel. Die Behandlung der Frage im Hauptauschuß des Preussischen Landtags am 13. Februar hat zweifellos den Beweis erbracht, daß es sich hier um eine

überschleifische Luderwirtschaft

handelt, wie man sie sich schlimmer nicht vorstellen kann. Das schlimmste ist, daß auf diese Luderwirtschaft von unseren Kameraden schon seit Jahr und Tag aufmerksam gemacht wurde. Bei der Beratung des Berggesetzes am 17. Mai 1922 hat unser Kamerad Franz-Kattowitz eindringlich die schaurigen Zahlen der überschleifischen Unfallstatistik unter der lebhaften Bewegung des Landtages vorgelesen. Er hat sich damals lebhaft darüber beklagt, daß die Bergarbeiter in Ober-schlesien nicht zur Zusammenarbeit mit den Organisationsleitungen und den Betriebsräten zu bewegen seien. Ueber das mangelnde Verständnis dieser Bureaufüraten für die Notwendigkeiten der Grubenarbeit sagte Kamerad Franz damals u. a.:

„Allein auf der Hohenzollerngrube sind in kürzerer Zeit 14 größere Unfälle vorgekommen, die in ihrer Mehrzahl daher rühren, daß sauerstoffreiche Luft als Sprengmittel benutzt wird. Der Betriebsrat hat eine Untersuchung beantragt, die auch stattfand, und es ist festgestellt worden, daß die Unfälle zum großen Teil daher rühren, daß sich bei den Explosionen eine große Stichlampe entzündete, die den Kohlenstaub zur Entzündung brachte. Es ist deshalb angeordnet worden, zu untersuchen. Diese Maßnahme ist gut, aber sie reicht nicht aus. Der Betriebsrat hat deshalb verlangt, daß weil die Schiffe sehr oft bei den Verletzungen losgehen, Schichtmeister angestellt werden, die die Unfälle untersuchen können. Der Leiter Grunau vom Oberbergamt hat diesen Vorschlag auch befürwortet und selbst der Herr Bergamt Mann, der damals nicht in dem Rufe steht, fortschrittliche Ideen zu pflegen, hat sich dafür ausgesprochen. Er erhielt dafür vom Oberbergamt ein kleines Anzeichen. Herr Scheinle wunderte sich, wie der Bergamt zu einer derartigen Auffassung kommen konnte, da durch die Einführung von Schichtmeistern die Verletzungen erheblich zurückgehen würden. Deshalb dürfen diese Anstellungen nicht erfolgen.“

Unter dem Einbruch dieser ober-schleifischen Klagen nahm der Landtag den folgenden sozialdemokratischen Antrag an:

„Mit Rücksicht auf die mehrfachen Unfälle, die im ober-schleifischen Bergbau in letzter Zeit vorgekommen sind, der Unfallgefahr erhöhte Aufmerksamkeit zuzuwenden. Insbesondere ist zu prüfen, ob die bergpolizeilichen Bestimmungen ausreichen und, wenn der erhöhte Unfallgefahr im ober-schleifischen Bergbau zu begegnen.“

Infolge der hohen Brandgefahr in Oberschlesien wird das Staatsministerium im Zusammenhang damit ganz besonders ersucht, dem Rettungswesen die größte Aufmerksamkeit zu widmen.“

Weil diese Verhältnisse vorliegen, ist das Verschulden der Unternehmer und der Bureaufüraten, wie es in der Sitzung vom 13. Februar zweifellos festgestellt wurde, um so größer. Wir wollen die Auffassung unseres Kameraden Franz und die Vereinfachung des Berggesetzes, die eigentlich nur eine Unterbrechung aller Ausführungen unseres Kameraden war, zunächst einmal für sich sprechen lassen. Kamerad Franz führte aus:

„Bei dem Unglück auf der Heintze Grube handelt es sich zweifellos um eine Kohlenstaubexplosion, wenn ihre Ursache und ihr Ursprungsort auch noch nicht genau festgestellt sind. Die verschiedenen Schuldmomenten dürfen aber heute schon als einwandfrei festgestellt angesehen werden.“

Bei ordnungsmäßiger Verriegelung hätte das Unglück nicht diese Ausdehnung annehmen können! Bergpolizeilich ist diese Verriegelung der Arbeiter und der Zugangshütten vorgeschrieben. Bei der Untersuchung antwortete die Gruben-

verwaltung auf die Frage nach der erfolgten Verriegelung, daß diese stets ordnungsmäßig vorgenommen worden sei. Das war gelogen!

Ich fragte den Oberhauer, ob er die Leute in dem Revier alle kenne. Er antwortete mit „Ja“, weil er schon zwölf Jahre lang in diesem Revier tätig sei. Auf die Frage, wer denn in der letzten Zeit Verriegelt habe, blieb er die Antwort schuldig. Das ist ein Beweis dafür, daß nicht Verriegelt wurde! Nach bergpolizeilicher Vorschrift sind bestimmte Leute mit der Verriegelung zu beauftragen, ihre Namen sind in das Revierbuch einzutragen.

Seit 1913 ist eine solche Eintragung in das Revierbuch nicht mehr erfolgt!

Von den im Jahre 1913 eingetragenen Leuten sind zwei gestorben. Der dritte, ein 62-jähriger Jude, der für die Verriegelung in Frage kam, wurde bei der ersten amtlichen Untersuchung nicht vernommen. Dies geschah erst auf meine Veranlassung. Auf meine Fragen erklärte der Mann, daß er Verriegelt wurde, wenn er vom Oberhauer Auftrag dazu bekam. Aber in das Revierbuch ist er seit drei Monaten nicht mehr hineingekommen!

Zeit drei Monaten wurde also dort nicht mehr Verriegelt.

Von dem mutmaßlichen Entstehungsort der Explosion bis zur Fundelle der ersten Leuten sind es ungefähr 500 Meter. Diese ungeheure Strecke hat nach dem Befund die Explosionsflamme durchdrungen. Bei ordnungsmäßiger Verriegelung wäre eine so ungeheure Ausdehnung absolut unmöglich gewesen. Das Verschulden der Bergverwaltung liegt also auf der Hand, meines Erachtens aber ebenso das Verschulden der Bergarbeiter, die nicht darauf geachtet hat, daß die Vorschriften durchgeführt wurden.

Das nötige Versagen der Rettungsanstaltungen wird durch die Tatsachen ebenfalls ohne weiteres erwiesen.

Das Unglück ereignete sich gegen 7 1/2 Uhr. Am 10 Uhr mußte der Bergarbeiter noch nicht, was in der Grube eigentlich vorgegangen sei, weil eine Telefonleitung in der Grube nicht besteht! Das ist ein ungeheurer Verstoß gegen die bergpolizeilichen Vorschriften. Wäre ein Telefon vorhanden gewesen, so hätte man viel rascher entsprechende Rettungsmaßnahmen ergreifen können. So fuhr der Bergarbeiter um 10 Uhr in die Grube, um zu sehen, was eigentlich los sei. Während dieser Zeit fanden die Rettungsmannschaften zwei Stunden hindurch und untätig über Tage! Es wäre nötig gewesen, die Wetterführung im Revierbuch abzuschreiben, aber auch zu diesem Zweck gab es kein Telefon. Der Schichtleiter ist 1/2 Stunde entfernt und so dauerte es wieder eine ganze Weile, bis entsprechende Nachricht dorthin kam. Auch dadurch wurde die Rettungsaktion sehr erschwert. Während der Bergverwaltung in der Grube war, ging oben alles drunter und drüber. Unbegründet führen ein und führen unten die Arbeit. Der Betriebsrat verlangte die Herausgabe der Rettungsapparate, die ihm verweigert wurde; er nahm sie sich und fuhr ein mit den Apparaten die er vielleicht nicht genau kannte, mit denen er jedenfalls nicht geübt hatte. Die Sorglosigkeit bei der Sicherheit überdient auf der Grube alle Vorkommnisse.

Es wurde mit Schwärzpulver gefüllt, welches leicht Explosionen hervorruft, besonders, wenn die Schichtleiter überladen und wenn das Pulver in weicher Kohle vermischt wird. In dem Unglücksfall wurde neben Schwärzpulver Sicherheitspulver verwendet. Was verwendet werden durfte, hatten die Dauer zu bestimmen. Daß sie dafür immer das nötige Verhängnis hatten, darf bezweifelt werden. 1907 ist vom Revierbeamten genehmigt worden, daß mit dem gefährlichen Sprengstoff mehr wie ein Schuß zugleich abgegeben werden durfte. Eine Regenerung nach oben ist aber nicht erlaubt. Selbst der ausländische Bergamt wurde bei der Untersuchung über die Schwammigkeit dieser Verfügung. Warum ist seit 1907 diese Bestimmung nicht nachgerückt? Ob sie noch am Platze ist? Die Grubenverwaltung will allerdings erwidern lassen, daß nicht mehr als drei Schüsse zugleich abgegeben werden dürfen. Die Verriegelung dieser Anordnung, ein diesbezüglicher Ausschuss ist nie gemacht worden, die Verriegelung ist also zwei Wochen in gemäßigter Form erfolgt. Es wurden aber oft mehr Schüsse abgegeben, niemals aber ist jemand deswegen bestraft

worden. Den Bergleuten ist die Gefährlichkeit dieser Methode wahrscheinlich auch nicht zum Bewußtsein gekommen, weil oft bis zu zehn Schüsse abgegeben wurden!

Am schlimmsten war die Wetterführung in Unordnung, besonders in dieser Abteilung. Bei der ersten Untersuchung hat die Verwaltung von dieser eigenartigen Wetterführung nichts erwähnt. Die Wetterführung wurde nicht aufgedeckt von den Mitgliedern der Gruben-sicherheitskommission. Man konnte dabei den Eindruck haben, daß die „Hadamann“ eine solche Auffassung gar nicht wünschten. Die Wetterführung ist den Vorschriften direkt zuwider geführt worden. Es ist um so schlimmer, weil es sich hier nicht um ein altes Feld, sondern um ein neues Feld handelte, wo die Wetterführung unbedingt in Ordnung sein mußte. Die Verletzungen scheinen um so schlimmer, weil eine Reihe von Unglücksfällen in Oberschlesien als Warnung hätte dienen müssen. Am 12. Dezember 1921 verunglückten vier Mann tödlich infolge einer Kohlenstaubexplosion auf der Hohenzollerngrube. Das Unglück nahm keine weitere Ausdehnung, weil die Strecke verriegelt war. Verriegelt wurde aber bei der Untersuchung, daß vor der Verriegelung nicht in Ordnung war, das keine Schläuche zur Verfügung standen. Wenn das der Fall gewesen wäre, dann wäre wahrscheinlich auch dieses Unglück nicht passiert.

Was ist gegen die Verantwortlichen geschehen? Am 12. Februar 1922 berichtete Oberbergamt Ziemann, daß die Ursache des Unfalls auf der Heintze Grube eine Unterbrechung des § 113 war. Was ist gegen diese verantwortlichen Personen geschehen. Was geschieht mit dem Revierbeamten, der solche Verriegelungen gestattet und sie nicht weiter verfolgt? — Im Gruben-sicherheitsamt ist immer auf die Gefahr des Schicksals mit flüssiger Luft

hingewiesen worden. Nun endlich hat man sich zu einem Verbot entschlossen. Das Unglück auf der Hohenzollerngrube ist wahrscheinlich auf solche Schiffe zurückzuführen.

Das Rettungswesen ist in Oberschlesien vielfach in Unordnung. Trotz des Befalles des Preussischen Landtags ist hier so gut wie nichts geschehen. Die Rettungsapparate auf der Heintze Grube waren nicht in Ordnung. Vier Rettungsapparate waren vorhanden. Von den vier Leuten, die mit ihnen einjahren, sind drei zu Tode gekommen, wahrscheinlich weil die Apparate nicht in Ordnung waren. Man sagte allerdings, einer von diesen Leuten sei betrunken gewesen, aber auch wenn das wahr wäre, so wäre das Beweis für eine furchtbare Scham-berei, denn bei geordnetem Rettungswesen ist es unmöglich, daß man einen Betrunkenen einjahren läßt.

Auf den meisten Werken in Oberschlesien werden die vorgeschriebenen Übungen mit den Rettungsapparaten nicht vorgenommen. Es sind meist nur wenige Mannschaften mit den Rettungsapparaten ausgebildet. Nach den Vorschriften sollen mindestens 2 Proz. der Belegschaft damit ausgebildet sein, also auf der Heintze Grube bei 3000 Mann Belegschaft mindestens 60 Mann.

Es waren dort aber nur 14 Mann ausgebildet.

Schlimm haben diese Leute seit Jahr und Tag nicht mehr, wie der Bergwerksdirektor behauptete. Die Zentralfelle für das Rettungswesen in Oberschlesien gibt sich sehr viel Mühe, aber auf den einzelnen Werken liegt hier noch alles im Argen. Wenn die Werke nach den Vorschriften und Vorschriften der Zentralfelle oder nach den Wünschen des Herrn Ministers gearbeitet hätten, dann wären diese Unglücksfälle entweder nicht passiert oder sie hätten nicht so großen Umfang angenommen und die Rettungswesen wären viel erfolgreicher gewesen. Bei dem

Unglück auf der Hohenzollerngrube.

stellte sich heraus, daß auch hier nicht alles in Ordnung war. Dem Wetterführer konnten wir dort nicht mehr beibringen, er mußte abgedummt werden. Auf der Wetterfelle hat man gar nicht erst den Versuch gemacht, mit Rettungsapparaten vorzugehen. Wenn diese Strecke fahrbar gewesen wäre dann wäre dieser Verlust durchaus möglich gewesen. In der ersten Sitzung der Gruben-sicherheitskommission haben wir schon verurteilt die Arbeit in dieser Kommission auf die Vorbereitung einzustellen. Während Herr Scheinle uns in diesem Vorhaben festhalten wollte, war das Oberbergamt Breslau anderer Meinung. Auch jetzt wiederum hat Oberbergamt Scheinle den Standpunkt ver-

treten, die Kommission habe mit die Aufgabe der Vorbeugung, weil das nicht im Sinne sei! ...

Die Antragrede des Behördvertreters.

Die Antwort des Bergrats Sachfeld vom Ministerium war in Wirklichkeit keine Verteidigung, sondern im großen ganzen eine Un-...

Am Oktober 1918 erhielt das Oberbergamt Breslau Anweisung, die Frage des Schließens mit flüssiger Luft zu untersuchen, weil...

Der Ausschussratsdienst im O.B. Breslau.

Wir haben bereits 1919 dem Oberbergamt bedeutet, daß es sich nicht...

Schießschloß sind in Obereschleien im allgemeinen nicht angebracht, das Schließen erfolgt durch die Aufsicht oder die Arbeiter...
Auf dem Gebiet des Rettungswesens veranlassen uns ver-...
Die großen Ausdehnungen der Erschließung hat ihre Ursache darin...
Die Durchführung genügender Sicherheitsmaßnahmen ist allerdings...
Der Verbleib der Rettungsgrube ist zu sagen: Die gefür-...
Der Verbleib der Rettungsgrube ist zu sagen: Die gefür-

Verbrecherische Wetterführung.

Die große Ausdehnungen der Erschließung hat ihre Ursache darin...
Die Durchführung genügender Sicherheitsmaßnahmen ist allerdings...
Der Verbleib der Rettungsgrube ist zu sagen: Die gefür-

Die Unfallabwehr ist allerdings im Juli 1922 zum letzten Mal befohlen worden.

Die Unfallabwehr ist allerdings im Juli 1922 zum letzten Mal befohlen worden.

Die Durchführung genügender Sicherheitsmaßnahmen ist allerdings...

Die Durchführung genügender Sicherheitsmaßnahmen ist allerdings...

Der Verbleib der Rettungsgrube ist zu sagen: Die gefür-...

Der Verbleib der Rettungsgrube ist zu sagen: Die gefür-...

Die Durchführung genügender Sicherheitsmaßnahmen ist allerdings...

Die Durchführung genügender Sicherheitsmaßnahmen ist allerdings...

Kameraden! Auf die Wacht gegen den Feind!

Für einen Bürgerlichen gibt es in diesen Tagen des Kampfes...
Für einen Bürgerlichen gibt es in diesen Tagen des Kampfes...
Für einen Bürgerlichen gibt es in diesen Tagen des Kampfes...

Auch dieser Ausdruck zeigt, wie notwendig unser Widerstand...
Auch dieser Ausdruck zeigt, wie notwendig unser Widerstand...
Auch dieser Ausdruck zeigt, wie notwendig unser Widerstand...

Vertraulich! Berlin, den 21. Jan. 1923.

An die Herren Geschäftsführer der deutschen Arbeitgeberverbände...
An die Herren Geschäftsführer der deutschen Arbeitgeberverbände...

Der Reichsarbeitsrat beschloß die Ueberweisung des Arbeits-...
Der Reichsarbeitsrat beschloß die Ueberweisung des Arbeits-...
Der Reichsarbeitsrat beschloß die Ueberweisung des Arbeits-...

Das von Ihnen zugewandte Material kontra Akti-...
Das von Ihnen zugewandte Material kontra Akti-...
Das von Ihnen zugewandte Material kontra Akti-...

Die von Ihnen im Kundheits-Nr. 1623 angeregten...
Die von Ihnen im Kundheits-Nr. 1623 angeregten...
Die von Ihnen im Kundheits-Nr. 1623 angeregten...

(Das ist natürlich 50 Menschen das Leben gekostet. D. Ned.)

Es war keine einheitliche Leitung vorhanden und Betriebsbeamte...
Es war keine einheitliche Leitung vorhanden und Betriebsbeamte...
Es war keine einheitliche Leitung vorhanden und Betriebsbeamte...

Auf der Arbeitgrube ist das Unglück durch eine Benzol-...
Auf der Arbeitgrube ist das Unglück durch eine Benzol-...
Auf der Arbeitgrube ist das Unglück durch eine Benzol-...

Zum allgemeinen Grubenrisikofaktor ist noch zu sagen, daß...
Zum allgemeinen Grubenrisikofaktor ist noch zu sagen, daß...
Zum allgemeinen Grubenrisikofaktor ist noch zu sagen, daß...

Zur Bekämpfung des Kohlenstaubes ist in Westfalen die Ein-...
Zur Bekämpfung des Kohlenstaubes ist in Westfalen die Ein-...
Zur Bekämpfung des Kohlenstaubes ist in Westfalen die Ein-...

Zur Bekämpfung des Kohlenstaubes ist in Westfalen die Ein-...
Zur Bekämpfung des Kohlenstaubes ist in Westfalen die Ein-...
Zur Bekämpfung des Kohlenstaubes ist in Westfalen die Ein-...

Zur Bekämpfung des Kohlenstaubes ist in Westfalen die Ein-...
Zur Bekämpfung des Kohlenstaubes ist in Westfalen die Ein-...
Zur Bekämpfung des Kohlenstaubes ist in Westfalen die Ein-...

Zur Bekämpfung des Kohlenstaubes ist in Westfalen die Ein-...
Zur Bekämpfung des Kohlenstaubes ist in Westfalen die Ein-...
Zur Bekämpfung des Kohlenstaubes ist in Westfalen die Ein-...

Zur Bekämpfung des Kohlenstaubes ist in Westfalen die Ein-...
Zur Bekämpfung des Kohlenstaubes ist in Westfalen die Ein-...
Zur Bekämpfung des Kohlenstaubes ist in Westfalen die Ein-...

gleichbedeutend mit einer Lahmung der andauernden Lohnbewegungen...
gleichbedeutend mit einer Lahmung der andauernden Lohnbewegungen...
gleichbedeutend mit einer Lahmung der andauernden Lohnbewegungen...

Wo mehrere Gewerkschaften in einem Betriebe vorhanden sind...
Wo mehrere Gewerkschaften in einem Betriebe vorhanden sind...
Wo mehrere Gewerkschaften in einem Betriebe vorhanden sind...

Wo irgend vom Arbeitgeber Einfluß ausgeübt werden kann...
Wo irgend vom Arbeitgeber Einfluß ausgeübt werden kann...
Wo irgend vom Arbeitgeber Einfluß ausgeübt werden kann...

Diese Taktik bei jeder sich bietenden Gelegen-...
Diese Taktik bei jeder sich bietenden Gelegen-...
Diese Taktik bei jeder sich bietenden Gelegen-...

Wir bitten, uns monatlich über die damit erzielten Erfolge...
Wir bitten, uns monatlich über die damit erzielten Erfolge...
Wir bitten, uns monatlich über die damit erzielten Erfolge...

Auch das Material gegen den Aktiendatentag muß weiter gesammelt...
Auch das Material gegen den Aktiendatentag muß weiter gesammelt...
Auch das Material gegen den Aktiendatentag muß weiter gesammelt...

Die von der Generalversammlung in München beschlossenen Bei-...
Die von der Generalversammlung in München beschlossenen Bei-...
Die von der Generalversammlung in München beschlossenen Bei-...

Eine Woche nach dem Franzosenfall in das...
Eine Woche nach dem Franzosenfall in das...
Eine Woche nach dem Franzosenfall in das...

Besser kann es aber auf diesem Gebiet nur werden, wenn Behörden...
Besser kann es aber auf diesem Gebiet nur werden, wenn Behörden...
Besser kann es aber auf diesem Gebiet nur werden, wenn Behörden...

Erschüttert und empört werden unsere Kameraden diese...
Erschüttert und empört werden unsere Kameraden diese...
Erschüttert und empört werden unsere Kameraden diese...

Herr Minister! Solche Leute sind an solchen Stellen nicht zu...
Herr Minister! Solche Leute sind an solchen Stellen nicht zu...
Herr Minister! Solche Leute sind an solchen Stellen nicht zu...

Beleidsstempelgebung der englischen Kameraden.

Vom Generalsekretär des Internationalen Bergarbeiterbundes, dem...
Vom Generalsekretär des Internationalen Bergarbeiterbundes, dem...
Vom Generalsekretär des Internationalen Bergarbeiterbundes, dem...

Retriebsratswahlen im Beraban.

Nachdem das Wahlmaterial zu den Betriebsratswahlen den...
Nachdem das Wahlmaterial zu den Betriebsratswahlen den...
Nachdem das Wahlmaterial zu den Betriebsratswahlen den...

Die Wahlen sind von großer Wichtigkeit. Da in letzter Zeit...
Die Wahlen sind von großer Wichtigkeit. Da in letzter Zeit...
Die Wahlen sind von großer Wichtigkeit. Da in letzter Zeit...

Die Wahlen sind von großer Wichtigkeit. Da in letzter Zeit...
Die Wahlen sind von großer Wichtigkeit. Da in letzter Zeit...
Die Wahlen sind von großer Wichtigkeit. Da in letzter Zeit...

Die Wahlen sind von großer Wichtigkeit. Da in letzter Zeit...
Die Wahlen sind von großer Wichtigkeit. Da in letzter Zeit...
Die Wahlen sind von großer Wichtigkeit. Da in letzter Zeit...

Die Wahlen sind von großer Wichtigkeit. Da in letzter Zeit...
Die Wahlen sind von großer Wichtigkeit. Da in letzter Zeit...
Die Wahlen sind von großer Wichtigkeit. Da in letzter Zeit...

Die Wahlen sind von großer Wichtigkeit. Da in letzter Zeit...
Die Wahlen sind von großer Wichtigkeit. Da in letzter Zeit...
Die Wahlen sind von großer Wichtigkeit. Da in letzter Zeit...

Zur „Ruhrhilfe“

schreibt der Nachrichten dienst des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes:

Die Organisation zur Durchführung der „Ruhrhilfe“ ist nunmehr erfolgt. Der Verwaltungsrat besteht aus 15 Arbeitgebern und 15 Gewerkschaftsvertretern unter dem partiellischen Vorsitz des Hrn. Dr. Franz und des Kollegen Adolf Cohen (Vorsitz des ADGB).

Der Geschäftsführende Vorstand hat seine Tätigkeit aufgenommen. Die Geschäftsstelle befindet sich in Berlin W. 48, Wilhelmstraße 101. Als Zentralstelle für die Zusammenziehung der einzuwendenden Spenden ist unter der Bezeichnung „Ruhrhilfe“ beim Generalkommando der Reichsbau in Berlin, Niederwallstraße, ein besonderes Kommando ernannt.

Es sind in Gewerkschaftskreisen Fragen laut geworden, ob die „Ruhrhilfe“ einzig für die Opfer im Ruhrgebiet bestimmt sei. Es heißt in den Richtlinien ausdrücklich: Die Organisation und die Mittel der „Ruhrhilfe“ sollen in weitem Maße zur Linderung der durch die Bewegung und Abschmierung des Gebietes an Rhein und Ruhr, sowohl im besetzten wie im übrigen Reichsgebiet entstehenden wirtschaftlichen Not dienen.

Welche besonderen Verwendungszwecke für die Mittel der „Ruhrhilfe“ gewählt werden müssen, muß erst aus der Praxis ergeben. Die Nothilfe wird vermutlich schon sehr bald Mittel für die verschiedensten Zwecke erforderlich machen, besonders für eine großzügige Unterstützung (Bekleidung und Beschäftigung, Besendung von Kindern aufs Land und ins Ausland), Fürsorge für Erwerbslose, Erwerbsunfähige und dergleichen, Fürsorge durch Vereinen und Heranschaffung von Lebensmitteln usw.

Grundlage ist, daß jeder Arbeiter zur Linderung der Not in den letzten Stunden seinen Lohn opfert, während die Arbeitgeber die Zahlung des Verfalls eines Stundenlohnes der Gesamtheit aufzusagen. Zu beachten ist, daß nach einer Erklärung der Regierung die Spenden in voller Höhe steuerfrei sind. Soweit also vereinbarungsgemäß der Abzug der Spenden vom Lohn erfolgt, ist für diesen Teil des Lohnes die Einkommensteuer nicht abzuziehen.

Die Organisation der Ruhrhilfe ist nunmehr erfolgt. Der Verwaltungsrat besteht aus 15 Arbeitgebern und 15 Gewerkschaftsvertretern unter dem partiellischen Vorsitz des Hrn. Dr. Franz und des Kollegen Adolf Cohen (Vorsitz des ADGB).

Die Organisation der Ruhrhilfe ist nunmehr erfolgt. Der Verwaltungsrat besteht aus 15 Arbeitgebern und 15 Gewerkschaftsvertretern unter dem partiellischen Vorsitz des Hrn. Dr. Franz und des Kollegen Adolf Cohen (Vorsitz des ADGB).

Die Organisation der Ruhrhilfe ist nunmehr erfolgt. Der Verwaltungsrat besteht aus 15 Arbeitgebern und 15 Gewerkschaftsvertretern unter dem partiellischen Vorsitz des Hrn. Dr. Franz und des Kollegen Adolf Cohen (Vorsitz des ADGB).

Die Organisation der Ruhrhilfe ist nunmehr erfolgt. Der Verwaltungsrat besteht aus 15 Arbeitgebern und 15 Gewerkschaftsvertretern unter dem partiellischen Vorsitz des Hrn. Dr. Franz und des Kollegen Adolf Cohen (Vorsitz des ADGB).

Die Organisation der Ruhrhilfe ist nunmehr erfolgt. Der Verwaltungsrat besteht aus 15 Arbeitgebern und 15 Gewerkschaftsvertretern unter dem partiellischen Vorsitz des Hrn. Dr. Franz und des Kollegen Adolf Cohen (Vorsitz des ADGB).

Die Organisation der Ruhrhilfe ist nunmehr erfolgt. Der Verwaltungsrat besteht aus 15 Arbeitgebern und 15 Gewerkschaftsvertretern unter dem partiellischen Vorsitz des Hrn. Dr. Franz und des Kollegen Adolf Cohen (Vorsitz des ADGB).

Die Organisation der Ruhrhilfe ist nunmehr erfolgt. Der Verwaltungsrat besteht aus 15 Arbeitgebern und 15 Gewerkschaftsvertretern unter dem partiellischen Vorsitz des Hrn. Dr. Franz und des Kollegen Adolf Cohen (Vorsitz des ADGB).

Die Organisation der Ruhrhilfe ist nunmehr erfolgt. Der Verwaltungsrat besteht aus 15 Arbeitgebern und 15 Gewerkschaftsvertretern unter dem partiellischen Vorsitz des Hrn. Dr. Franz und des Kollegen Adolf Cohen (Vorsitz des ADGB).

Die Organisation der Ruhrhilfe ist nunmehr erfolgt. Der Verwaltungsrat besteht aus 15 Arbeitgebern und 15 Gewerkschaftsvertretern unter dem partiellischen Vorsitz des Hrn. Dr. Franz und des Kollegen Adolf Cohen (Vorsitz des ADGB).

Die Organisation der Ruhrhilfe ist nunmehr erfolgt. Der Verwaltungsrat besteht aus 15 Arbeitgebern und 15 Gewerkschaftsvertretern unter dem partiellischen Vorsitz des Hrn. Dr. Franz und des Kollegen Adolf Cohen (Vorsitz des ADGB).

Die Organisation der Ruhrhilfe ist nunmehr erfolgt. Der Verwaltungsrat besteht aus 15 Arbeitgebern und 15 Gewerkschaftsvertretern unter dem partiellischen Vorsitz des Hrn. Dr. Franz und des Kollegen Adolf Cohen (Vorsitz des ADGB).

Die Organisation der Ruhrhilfe ist nunmehr erfolgt. Der Verwaltungsrat besteht aus 15 Arbeitgebern und 15 Gewerkschaftsvertretern unter dem partiellischen Vorsitz des Hrn. Dr. Franz und des Kollegen Adolf Cohen (Vorsitz des ADGB).

Die Organisation der Ruhrhilfe ist nunmehr erfolgt. Der Verwaltungsrat besteht aus 15 Arbeitgebern und 15 Gewerkschaftsvertretern unter dem partiellischen Vorsitz des Hrn. Dr. Franz und des Kollegen Adolf Cohen (Vorsitz des ADGB).

Die Organisation der Ruhrhilfe ist nunmehr erfolgt. Der Verwaltungsrat besteht aus 15 Arbeitgebern und 15 Gewerkschaftsvertretern unter dem partiellischen Vorsitz des Hrn. Dr. Franz und des Kollegen Adolf Cohen (Vorsitz des ADGB).

Die Organisation der Ruhrhilfe ist nunmehr erfolgt. Der Verwaltungsrat besteht aus 15 Arbeitgebern und 15 Gewerkschaftsvertretern unter dem partiellischen Vorsitz des Hrn. Dr. Franz und des Kollegen Adolf Cohen (Vorsitz des ADGB).

Der Streit im Saargebiet und Lothringen. Frankreich und Belgien vor den Streit.

Wirtschaftliche Wirkungen des Saarstreits.

Die Bergwerksdirektion hatte bekanntlich 3 Fr. Lohnerhöhung ab 1. Februar bewilligt. Nach eigenen Angaben betrug die Kohlensteuer im Monat November 4,30 Fr. pro Tonne Kohle. Durch den Anstieg der Kohlenpreise ab 1. Februar 1923 gegen 1,07 Fr. pro Tonne Kohle in den Säcken des Unternehmers. Bei einer monatlichen Förderung von 500 000 To. macht das ungefähr 1 Million Frants aus. Da bereits am 1. Juni die Kohlensteuer ebenfalls um ein Viertel erniedrigt wurde, stehen also 2 Millionen Fr. zur Verfügung, die ohne Einschränkung der bisherigen unzulässigen Ausgaben der Bergwerksverwaltung zur Erhöhung der Löhne Verwendung finden könnten.

72 000 Bergarbeiter streiken. Dadurch entfällt ein Förderausfall von 1 400 000 To. oder in acht Schichten 330 000 To. Die Bergwerksdirektion gab an, daß der Durchschnittspreis 60 Fr. pro Tonne betrage. Mitteln bringen acht Streiktagen einen Produktionsausfall im Werte von 19 200 000 Fr. Dazu kommt, daß täglich ungefähr 100 Arbeiter als Rotarbeitsarbeiter beschäftigt werden welche zum größten Teil nicht produktiv tätig sind. Weiter werden die Grubenbaue in einer Weise verwickelt, daß dadurch monatlich die Förderung um 20 Millionen Fr. nach Bewilligung der 3 Fr. Erhöhung der Löhne weiter um 4 Fr. Lohnerhöhung monatlich nur 5 Mill. Fr. erfordern. Will man bisherigen Ausfall in acht Tagen für die Bergwerksverwaltung von 192 000 000 Fr. die Lohnhöhe abstellen. Das dem Kapitalist ist hier das allgemeine Interesse gleichgültig. Um die Arbeiterrechte zu verewaltigen, werden die Werkstätten auf den Arbeitsstätten geschlossen. Während man bei Lohnkämpfen stets nur möglichst wenig streikt, werden bei Lohnkämpfen gegen die Arbeiter Millionen hinausgeworfen.

Auch für die übrigen Saararbeitskräfte macht sich der Bergarbeiterstreik fühlbar. Liegen doch durch die biltorischen Maßnahmen der Bergwerksdirektion Straßensperren und Lichtverförmung vor. Die Straßenreinigung ist zum Teil bereits, und wo noch gearbeitet wird, gehen die Arbeiter Mühen aus.

Aber auch das Budget der Regierung kommt aus dem Geldmangel da die in der Provinz Saarregione vom Kohlenstreik ausbleiben. Was fragt der Kapitalismus nach Wirtschaft nach Ausfall von Produktion und daraus entstehenden Folgen! Wenn nur der Herrenhandpunkt gewahrt und seine Machtgefülle befriedigt werden!

Antwort der Saarbergwerksverwaltung.

Auf die Vernehmung der Saarbergarbeiter antwortet die Generaldirektion folgendermaßen:

„Ich gestatte mir, Ihnen den Empfang Ihrer Eingabe vom 5. Februar d. J. zu bestätigen.“

Am 3. Februar hat die „Administration des Mines“ eine Lohn-erhöhung von 3 Fr. für die Schicht vom 1. Februar 1923 ab bewilligt. Es ist ihr nicht nur unmöglich, eine weitere Lohn-erhöhung ins Auge zu fassen sondern in Übereinstimmung mit ihren früheren Erklärungen hält sie sich an die gegebene Zusage einer Lohn-erhöhung um 3 Fr. nicht mehr gebunden, nachdem der Streik am 5. Februar allgemein ausgebrochen ist.

Es erübrigt sich daher, in die von Ihnen gewünschten Verhandlungen einzutreten. (Unterdruckt.)

Diese Antwort ist nicht geeignet, den Streit beizulegen. Auch scheint die Bergwerksverwaltung daran kein besonderes Interesse zu haben. Sie arbeitet nach dem althergebrachten kapitalistischen System. In einem Aufruf macht sie die Forderung, daß die 32 und 33 der Arbeitsordnung aufrechterhalten, nach welcher derjenige welcher mehr als drei Schichten leistet entlassen sei und in eine Kontraktarbeit von sechs Schichten genommen werden kann. In einem weiteren Aufruf...

auf weist die Verwaltung darauf hin, daß bei Wiederaufnahme der Arbeit nicht alle Arbeiter eingestellt werden, da die Grubenbaue ge-
hört seien.

Die Androhungen sind nun in Wirklichkeit umgesetzt worden, indem einige hundert Arbeiter, größtenteils Funktionäre der Organisation, den Arbeitsschein erhalten unter Einhaltung von sechs Schichten als Kontraktarbeit. Aber auch diese Maßnahme hat den gewöhnlichen Erfolg nicht gebracht. Tausende und familiäre Gruben-
ernte, auch Ingenieure, tätig um die Streikenden in ihren Häusern aufzukunnen und sie zur Arbeit zu bewegen. Die Streikenden lehnen es aber ab, ihre Kameraden im Stich zu lassen. Für sie gilt nur eine Parole: Durchhalten bis zum Ende! Es ist jedem Berg-
arbeiter klar, daß die Vermittlung die verhassten Organisationen zu Boden trüben will. Am gewerkschaftlichen Geist und Sozialbewußt-
gefühl werden alle Maßnahmen der Bergwerksverwaltung scheitern.

Mitlung des Streiks.

Wie aus Straßburg am 15. Januar gemeldet wird, sind dort die Kohlenvorräte, die bisher eine halbe Million Tonnen betragen, in-
folge des Bergarbeiterstreiks in Lothringen und im Saargebiet auf etwa 300 To. zu emmergeschwumpft. Der größte Teil der Kohlen soll nach Belgien und Süddeutschland gegangen sein. Die Erzeugung von
Kohlen haben nur noch für drei bis vier Tage Kohlen. Die Eisen-
bahn in Nordfrankreich und im Pas de Calais sind für die Bahnen be-
schlagnahmt worden. Die französische Industrie ist nur noch für zwei bis drei Wochen vorjagt.

Der Kohlenstreik in Frankreich

hat noch nicht zu einem allgemeinen Streik geführt. Der Nationalrat der
Bergarbeiter, die dem Allgemeinen Bergarbeiterverband der CGT an-
gehören, hat zwei Tage lang über die Lohnstreikigkeiten und andere
Forderungen der Bergarbeiter verhandelt. Er hat sich der Parole der
kommunistischen Bergarbeiter, die den Streik für den 16. Februar pro-
klamiert haben, nicht angeschlossen, sondern dem Arbeitsminister die
Forderungen der ihm angeführten Bergarbeiter unterbreitet. Der
Nationalrat fordert deshalb alle Bergarbeiter auf, das Ergebnis dieser
Verhandlungen abzuwarten, bevor sie die Arbeit niederlegen.

Nach französischen Mitteilungen, die vor Redaktionsschluss einge-
laufen sind, der kommunistischen Parole folgend, am 16. Februar
einige Teilstreiks ausgebrochen und zwar: In den Kohlengruben
des Departements Calais sollen nur 2000 polnische Arbeiter streiken.
In den Gruben des Nordens also um Lille, streiken etwa 20 Proz.
der Arbeiter. Im Departement Gard streiken von 6000 Arbeitern
etwa 1500. Den bedeutendsten Umfang hat der Streik im Kohlenbecken
Loire und St. Etienne angenommen, wo 75 Prozent der Ar-
beiter die Arbeit eingestellt haben.

Der lothringische Streik

dauert uneingeschränkt fort. Französisches Militär hält die Gruben
besetzt. Tanks und Kavallerie durchsuchen die Straßen. Einzelne
Verhandlungen mit den Bergarbeitervertretern, die auf der Waire in
Nordbrabant stattfanden, mußten angesichts der hartnäckigen Ein-
haltung der Unternehmer scheitern. Das Nordbrabant Reichs-
haus sollte man unklarheit befeht und betrat. Einige hundert Personen
erkrankten das Resultat der Verhandlungen vor dem Reichshaus.

Die Herren Unternehmer setzen sich auf den Standpunkt, daß sie
nichts bewilligen können da die Deuerung gar nicht so
hoch ist!

Die belgischen Bergarbeiter

befinden sich gleichfalls schon seit mehreren Wochen in Lohnstreikigkeiten.
Jetzt tun sie die Nachrich, daß ihr größt Teil des lothringischen Berg-
weks streiks die Vergleiche einer Lohn-erhöhung von 25 Prozent forderren.
Im Verträge traten am 14. Februar im Kohlengebiet von Guhne
3000 Vergleute in den Streik.

Aus der Tscheko-Slowakei

meldet die kommunistische Presse daß dort „wahrscheinlich“ ein all-
gemeiner Streik der Bergarbeiter bevorstehe. (Frankreich bezieht
neuerd nee Stellen aus der Tscheko-Slowakei, um damit den Streik
im Saargebiet und Lothringen zu begünstigen.)

Kalkpreis-erhöhung.

Die vom Reichskalkamt zum Zweck der Festsetzung der Kalkpreise
eingesetzte Sachverständigenkommission hat sich in einer am 13. Februar abge-
haltenen Sitzung, die Kalkpreise um etwa 70 Prozent zu erhöhen. Die
Arbeitsgemeinschaft der Kalkwerke erklärte:

„Daß die Kalkpreise durch die Preis-erhöhung als das Mindeste
betrachtet, um die Werte in Betrieb zu halten, nachdem ferner der
Vertreter des Herrn Reichskalkamt, die Notwendigkeit der
Preis-erhöhung bekundete, erklären die Arbeits-nehmer-
vertreter, der Preis-erhöhung auf der Grundlage der zwischen Kalk-
industrie und landwirtschaftlichen Körperlichkeiten erfolgten Einigung
zuzustimmen.“

Sozialer Recht - Arbeiterversicherung.

Durch die Verordnung des Reichsarbeitsministers über Grundlöhne
in der Sozialversicherung vom 2. Februar 1923, die am 9. Februar in
Kraft getreten ist, sind die bisher geltenden Grundlöhne verdoppelt
worden. Der Ruhegrundlohn der bis dahin 600 Mk. betrug, beträgt
jetzt 1200 Mk. und der Krankengrundlohn 800 Mk.

Die Leistungen gemäß den neuen Grundlöhnen sollen erst vom
29. Tage nach dem Inkrafttreten der Satzungsänderung über das Vor-
standsbeschlusses gewährt werden. Leistungsstörungen können sie
jedoch von einem früheren Zeitpunkt ab gewährt werden.

Der Vorstand des Allgemeinen Knappschaftsvereins beschloß, die
Sachen zu klären dem Tage des Inkrafttretens der Verordnung,
also vom 9. Februar 1923 ab zu zahlen. Soweit unsere Kameraden
den Vorständen der Krankenkassen angehören, müssen sie drängen, daß
dies überall geschieht.

Aus der Tarifpraxis.

Lohn-erhöhungen in der Kalkindustrie.
Die Verhandlungen in der Kalkindustrie über die Neugestaltung
der Löhne führten zu nachstehendem Ergebnis:
Die Löhne der Kalkarbeiter werden ab 12. Februar um 3000 Mk.
durchschnittlich pro Mann und Schicht erhöht. Die Verteilung auf die
einzelnen Arbeiterkategorien findet wie bisher statt. Ferner wurde ver-
einbart, daß in Zukunft wöchentliche Abschlagszahlungen zu leisten sind.

Internationale Rundschau.

Die Arbeitszeit der englischen Bergarbeiter.
Der Internationale Gewerkschaftsbund schreibt:
Die Forderung des Inuitges eis heute unmittelbar eine Begünstigung
des englischen Kohlenexportes zur Folge. Die Bergwerksbesitzer be-
nützen diesen Umstand, um mit noch größerem Nachdruck als bisher
unter Hinweis auf die ungenügende Produktion auf Verzögerung der
bisherigen 7-tägigen Arbeitszeit zu beharren.

Mittelbilche Treuhandgesellschaft für Berg-
mannswohnungen G. m. b. H., Senftenberg.

In den Berichten der Treuhandstellen über ihre Tätigkeit spiegelt
sich die unglückliche Entwicklung des Bauwesens, die mit Notwendigkeit
aus dem Wirtschaftsausschlag folgen mußte, deutlich wieder. So ergab sich
z. B. in Senftenberg, daß man dort, weil man nicht die ganzen Bau-
kosten, sondern nur ein Baukostenbudget heraus, 1920 noch mit einem
Schulden von durchschnittlich 79 000 Mk. je Wohnung auskam, während
man 1921 bei den ersten 100 000, im Herbst 150 000 Mk. hergeben
mußte. 1922 sah man einen Zuschuß von 20 000 Mk. vor, doch re-
chnet man, daß die Häuser noch nicht fertig und abgerechnet sind, daß der
erforderliche Zusatz auf etwa 140 000 Mk. steigen wird. Das im
laufenden Jahre werden wird, weiß man nicht; man hat im ersten Ver-
anlag Baukostenstellen in Höhe von 20 000 000 Mk. vorgesehen. Da-
durch wird das Bauprogramm natürlich klein.

Im ganzen hat die Treuhandstelle Senftenberg 2054 Wohnma-
nahmen. Von den 2737 Wohnungen aus den Jahren 1920 und 1921
ab bezogen, außerdem auch 167 Wohnungen aus dem Jahre 1922. Die
übrigen heißt man bis 31. März 1923 fertig zu bekommen. Diese ver-
hältnismäßig starke Durchführung des Programms zeigt, daß man
die Mittelstellen nicht so ganz eingezogen und sie nicht zu viel vorgezogen
hat. Von den 2054 Wohnungen sind 52 Prozent Einfamilienhäuser,
9 Prozent in Zweifamilienhäusern und 39 Prozent in Mehrfamilien-
häusern untergebracht. Das ist gegenüber dem ersten Jahr eine be-
merkenswerte Veränderung; denn wie wir in der „Bergarbeiter Ztg.“ Nr. 24
vom Jahre 1921 berichtet hatten, war damals das Verhältnis 36 : 13 :
51. In in Mehrfamilienhäusern untergebracht in Wohnung sind von
51 auf 39 Prozent herabgegangen, die Einfamilienhäuser sind als
Doppelhäuser (90%), teils als Reihenhäuser (67%) gebaut. Unter den
Mehrfamilienhäusern herrscht mit 75 Prozent der Wohnungen das Vier-
familienhaus vor. Es ist immerhin bedauerlich, daß noch immer viel
Mehrfamilienhäuser da sind, die der dauernden Verfallung durch die
Verdichtungsgefahren bedürfen und die, wenn nicht der inwärtigen ge-
nehten Antrag auf Ersetzung dieser Verdichtungsgefahren durch Verfalls-
gefahren durchgeht, sich auf die Dauer wenig von den Verfalls-
wohnungen unterscheiden werden.

Für die diesjährige Bauperiode macht es sich schon recht fühlbar be-
merkbar, daß einige Millionen als Rinsen für die gewöhnlichen Reichs-
verfallung und den Reichsbeitrag zu zahlen sind, die nun von dem Bau-
geld in Abzug gebracht werden müssen.

Bei der auch im öffentlichen Bereich noch immer herrschenden Woh-
nungsnot besteht bei den Belegstellen der dringende Wunsch, daß die
Mittel fortgeführt und durch einen den Verhältnissen sich anpassenden
Kredit aus dem Kohlenpreis auch auf einer bestimmten Höhe ge-
halten wird.

Nachrichten aus der Montanindustrie.

Die Verknäuerung des Kohlenhandels.
Das Rheinisch-Westfälische Kohlenhandelsblatt wurde in der Mitglieds-
versammlung vom 11. Februar bis zum September verlängert, jedoch
mit der Maßgabe, daß es aus vorher von vier auf vier Wochen
gekündigt werden kann. Die Beschlüsse vom 9. und 15. Januar bleiben
dabei aufrecht erhalten, d. h. die Übertragung des Ver-
kaufs der Produkte an die einzelnen Kunden bleibt bestehen.
Es ist uns bekannt, daß diese neu eingeführte Verkaufsorgani-
sation das Sprungbrett sein soll, von dem aus man die lange erstirbte
„freie Wirtschaft“ im Kohlenbergbau errichten will. Da die Zeit dafür
nicht günstig ist, sagt man davon nichts, schert sich aber durch
die übermäßige Kündigung jederzeit die Möglichkeit eines solchen Vor-
stoßes gegen die Kohlengemeinschaft. Wir warten ab.

Die Organisation der Ruhrhilfe ist nunmehr erfolgt. Der Verwaltungsrat besteht aus 15 Arbeitgebern und 15 Gewerkschaftsvertretern unter dem partiellischen Vorsitz des Hrn. Dr. Franz und des Kollegen Adolf Cohen (Vorsitz des ADGB).

Die Organisation der Ruhrhilfe ist nunmehr erfolgt. Der Verwaltungsrat besteht aus 15 Arbeitgebern und 15 Gewerkschaftsvertretern unter dem partiellischen Vorsitz des Hrn. Dr. Franz und des Kollegen Adolf Cohen (Vorsitz des ADGB).

Gemeinschaft verpflichtet werden darf. In dieser gelegenen Schichten, bei höherer Temperatur ist selbst die stundenlängere Arbeitszeit...

Die Unternehmer geben als unmittelbaren Grund ihrer Forderung die Verlegung des Ruhrgebietes an. Sie berufen sich darauf, daß die französische militärische Besetzung die englische Kohlenmachfrage...

In abgelaufenen Jahre belief sich die Kohlenproduktion in England auf mehr als 200.000.000 T.; während dieser Zeit waren ungefahr 60.000 Bergarbeiter arbeitslos...

Die Arbeiter wissen, daß eine Verletzung der Arbeitszeit eine Tendenz zu Verbesserungen der technischen Einrichtungen im Bergbau mit sich bringt. Ihre Forderung auf Einführung des Sechshunderttages...

Die amerikanischen Bergarbeiter für Nationalisierung des Bergbaus.

Die Bergarbeitergewerkschaften in den Vereinigten Staaten hatten vor zwei Jahren eine Kommission beauftragt, einen Plan betr. die Nationalisierung des Kohlenbergbaues auszuarbeiten.

Das Organ der Damenkonfektionsarbeiter bemerkt zu dieser Stellungnahme der Bergarbeiter, daß das wichtigste die Veränderung des Standpunktes betr. die Notwendigkeit einer besonderen Arbeiterpartei ist.

Aus dem Kreise der Kameraden

Unfälle im niederschlesischen Bergbau.

Auf dem Juliusgrube wurden am 8. Februar vier Kameraden durch Gesteinsbruch verschüttet. Zwei Verletzte erlitten erhebliche Verletzungen.

Am 9. Februar wurden auf der Reichsgrube in Dittersbach 3 Kameraden durch Gesteinsbruch verschüttet. Auch dort gestaltete sich die Bergarbeit sehr schwierig.

In den letzten Wochen mehrten sich auffälligerweise die Unfälle im niederschlesischen Bergbau besonders durch Gesteinsbrüche.

Am 12. Februar verunglückte auf dem sächsischen Bahnschaft ein Kamerad beim Abziehen der Kohlenwagen vom Förderkorb tödlich.

Bergwerkskatastrophen überall.

Der nordamerikanische Kontinent ist von zwei schweren Bergwerkskatastrophen heimgesucht worden. Aus der Hauptstadt Denver des nordamerikanischen Staates Colorado wird gemeldet, daß infolge einer Explosion in einem Steinkohlebergwerk in Dawson 122 Bergarbeiter verunglückten.

Oberbergamtsbezirk Bonn.

Kamerad Brauch, Brandes & H. f. Am 4. Februar wurde hier der zu früh verstorbenen Kamerad Brauch unter harter Beteiligung der Belegschaft zu Grabe getragen.

Allgemein wurde unangenehm empfunden, daß die Beamten, die sich sonst darauf berufen, daß die Belegschaft sich beteiligt, wenn von Beamten etwas jemand beerdigt wird, sich an der Beerdigung nicht beteiligen.

Krankleiden dem Hungertode überliefert

werden auf den Blei- und Silbergruben des Ruhrgebietes. Dort beherrschen auf der größeren Betriebe in den anderen Betrieben schon vor Jahren beständigen Betriebskrankleiden; die kleineren Betriebe sind zu Bezirks-Krankleiden zusammengefaßt.

gehören der Blei- und Silberbergbau-Allien-Gesellschaft Stolberg (Westland) an. Die Knappgasaktien, mit denen die Kameraden nicht überall die richtige Ausbeute erhalten, erfahren eine Behandlung, die nichts weiter als Lohn und Spott auf das Mißverhältnis der Arbeiter bei den Krankleiden bedeutet.

Anträgen seitens der Arbeiter um Erhöhung des Grundlohnes hat es nicht gefehlt, obwohl dringende Anträge eigentlich nicht notwendig sind, denn die Krankleiden haben pflichtgemäß die Grundlöhne den Verordnungen angepaßt.

Tatsächlich wird hier die Sozialpolitik praktisch abgebaut und hat bei dem rentabelsten Bergbau angefangen. Wir möchten davor warnen. Oder sollen die Betriebsräte nicht fähig sein, die Krankleiden zu verwalten?

Vom Westwall.

Am 23. Januar fand in Westwall eine öffentliche Bergarbeiterversammlung statt, die äußerst stark besucht war. Von allen Gruben des Westwall wurden die Bergarbeiter vertreten.

Nachdem durch den Kameraden Schumacher die Lage des Ruhrgebietes geschildert worden war, setzte eine lebhafteste Diskussion über diesen Punkt ein. Die französische Politik wurde von allen Rednern verurteilt, was aus der angenommenen Entscheidung hervorging.

Die äußerst gut besuchte Versammlung der Bergarbeiter des Westwallbeses protestiert mit aller Entschiedenheit gegen den Rechtsbruch des imperialistischen Frankreichs und stellt sich gegen die Aufrufe der Sozialorganisationen.

Ebenso protestiert die Versammlung gegen die falsche Lohnpolitik der Unternehmer, die auch bei den Lohnverhandlungen für die Monate Januar und Februar nicht das Entgegenkommen zeigte, welches notwendig ist.

Sachsen, Brandenburg und Thüringen.

Feldherrnpläne des Unionisten Hammer.

Die Union der Hand- und Kopfarbeiter Deutschlands hat in den letzten Tagen im Lugau-Deutscher Revier eine Reihe Versammlungen abgehalten, in welcher der „Unionpaph“ Hammer aus Essen auftrat.

Die revolutionäre Arbeiterpartei im Ruhrrevier — so sagte Herr Hammer — führe stärker denn je den Kampf gegen den nationalistischen Kummel, gegen die Bourgeoisie, für eine Arbeiterregierung.

Welch ein Genie ist da der glorreichen Großen Kompanier und unserm unglücklichen Dootn Kaiser entgangen! Und dieser Mann spricht vor Bergarbeitern uneres Reviers, von denen man normalerweise voraussetzen kann, daß sie ihre fünf Sinne beisammen haben.

Die revolutionäre Arbeiterpartei im Ruhrrevier — so sagte Herr Hammer — führe stärker denn je den Kampf gegen den nationalistischen Kummel, gegen die Bourgeoisie, für eine Arbeiterregierung.

Neue Pläne der Kommunisten.

Nachdem sich die Kommunisten infolge der Ruhrbesetzung ein anderes Tätigkeitsfeld aussuchen müssen, wenden sie sich wieder einmal dem mitteldeutschen Bergbaubereich zu.

Die Kommunisten haben in Mitteldeutschland schon oft, ohne Erfolg, einen Ansturm auf unseren Verband unternommen, beim einen diesmal über das Schicksal des Verbandes nicht hinauskommen.

Wir bringen diese Zuschrift aus der Zeitschrift Schilba zum Ausdruck, weil uns aus vielen anderen Zeitschriften ähnliche Dinge berichtet werden.

Kartenspiel statt Mitgliederversammlung

haben viele Kameraden der Zeitschrift Schilba. Obwohl sie frühzeitig und mit allen Mitteln eingeladen worden, setzen sie sich lieber hin, um einen gemütlichen „Kartenspiel“ zu spielen.

1. Die Tarifparteien sind sich darüber einig, daß der a.s. der Besetzung des Ruhrgebietes durch die Franzosen für die deutsche Wirtschaft sich ergebende Notfall (§ 4 Ziffer 1 des Tarifvertrags) Produktionsüberanstrengung im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau erforderlich macht.

2. Da die betrieblichen und wirtschaftlichen Verhältnisse der einzelnen Betriebe und Werke eine allgemeine Regelung der Arbeiterarbeit nicht gestatten, wird es den Werken überlassen, mit den Betriebsvereinigungen das Erforderliche zu vereinbaren.

Neue Pläne der Kommunisten.

Nachdem sich die Kommunisten infolge der Ruhrbesetzung ein anderes Tätigkeitsfeld aussuchen müssen, wenden sie sich wieder einmal dem mitteldeutschen Bergbaubereich zu.

Die Kommunisten haben in Mitteldeutschland schon oft, ohne Erfolg, einen Ansturm auf unseren Verband unternommen, beim einen diesmal über das Schicksal des Verbandes nicht hinauskommen.

Kartenspiel statt Mitgliederversammlung

haben viele Kameraden der Zeitschrift Schilba. Obwohl sie frühzeitig und mit allen Mitteln eingeladen worden, setzen sie sich lieber hin, um einen gemütlichen „Kartenspiel“ zu spielen.

Oberbergamtsbezirk Breslau.

Knappgasaktien der Josef Zucht

Am 9. Februar nach der Frühfeier führte Josef Zucht aus Neurode auf der Rubingrube auf dem Wege aus der Grube im 4. Querschlag, über das Gesteige. Hierdurch kam eine salummernde, bereits weit vorgeschrittene Bauchschwellung zum Ausbruch, an deren Folgen er gleich nach der Einlieferung ins Knappgaskrankenhaus am 10. Februar nachmittags verstarb.

Am Grabe der Heilig-Toten

Lebte sich der Pfarrer Niestroj in Deuben eine Tatkraft, die wohl selten überboten wird. Bei der Beerdigung leistete er sich folgenden Erguß: „Früher, wo die Bergleute vor jeder Schicht der hl. Barbara ein Gebet und Loblied spendeten, da ereigneten sich solche große Unglücksfälle im oberschlesischen Bergbau nicht.“

Herr Pfarrer Niestroj! Heute beten die schlesischen Kameraden nicht mehr laut zur hl. Barbara; es passiert jedoch früher, als sie noch laut beteten, auch graufige Massenunglücke im oberschlesischen Bergbau.

Die revolutionäre Arbeiterpartei im Ruhrrevier — so sagte Herr Hammer — führe stärker denn je den Kampf gegen den nationalistischen Kummel, gegen die Bourgeoisie, für eine Arbeiterregierung.

Verbandsnachrichten.

Kameraden! Mit dieser Nummer ist der Beitrag für die 8. Woche (vom 18 bis 24. Februar) fällig. Wir bitten alle Kameraden um pünktliche Zahlung der Beiträge.

Das Mitglied Nr. 887 573, auf den Namen Heinrich Gruber lautend, Zeitschrift Massen II, ist verloren gegangen. Der ehrliche Finder wird gebeten, das Buch beim Vertrauensmann Fr. Vogler abzugeben.

Bücherrevision.

Marx. Vom 15. bis 20. März. — Votroy I. Vom 1. bis 15. März.

Bibliothek.

Riederplanitz. Die Bibliothek befindet sich ab 1. März beim Kameraden Hermann Kümmler, Richard Wagner-Strasse 5.

Adressänderungen.

Votroy I. Der 1. Vertrauensmann Albert Bräcker wohnt Schopenhauerstrasse 61. Rothhausen. Der Kassierer Wilhelm Czernanski wohnt Besenstraße 9.

Krankengeldauszahlung.

Schilba. Jeden letzten Sonntag im Monat beim Kameraden Gust Gattermann. Scharenberg. Strümpferei Nr. 72.

Langendreer II. Jeden 15. und 30. im Monat von 4-6 Uhr nachmittags; beim Kassierer Wilhelm Krummhaus, Luisestrasse 3.

Titheide. Jedes krankleiden Mitglied hat sich sofort beim Kassierer Ludwig Neuhäuser zu melden, wenn es seine Krankengeldunterstützung pünktlich erhalten will.